

Standpunkt: Zukunft Pflege und demografischer Wandel

Christian Stockmann (Sozialfachlicher Vorstand des Caritasverbandes Arnsberg-Sundern)

Gepuderte Wirklichkeit – politisch wiederholte Versprechungen werden die Pflege weiterhin nicht stabilisieren. Dafür sind zukunftsfähige Rahmen- und Arbeitsbedingungen nötig.

Die politisch Verantwortlichen haben über Jahre versäumt, den Pflegekräften ernsthaft zuzuhören, ihre Nöte wurden schöngeredet oder kurz vor den Wahlkämpfen wieder auf's Tableau geholt und dann erneut vergessen. Unterbesetzungen, Überstunden, „Holen aus dem Frei“ und bei vielen Anbietern oftmals auch schlechte Bezahlung haben viele Pflegekräfte immer wieder dazu gebracht, ihrem Beruf den Rücken zu kehren. Da helfen auch keine Imagekampagnen, Hochglanzbroschüren, tolle Filmchen der Bundesregierung oder andere Versprechen. Dies ändert nichts an den Ursachen, sie machen die Arbeitsbedingungen nicht attraktiver. Corona als Brennglas hat es mit aller Härte gezeigt, wie die Situation vor der Pandemie schon ausgesehen hat und wie schwer es deshalb auch war, noch verhältnismäßig gut durch diese Krise zu kommen. Wir brauchen endlich einen klaren politischen Kurs und Rahmenbedingung, die auch nachhaltig wirken. Nötig sind z.B. bundesweit einheitliche, verbindliche und am tatsächlichen Pflegebedarf orientierte Personalvorgaben, mehr Zeit für die anspruchsvolle Pflege am Menschen (nicht für Dokumentationen) und eine gesicherte Finanzierung. Und letztendlich auch in der gesamten Pflegelandschaft Löhne, die das Arbeitsfeld attraktiv machen und die Wettbewerbsverzerrung in der Pflege verhindern. Wo Pflege drauf steht, sollte auch eine gute Pflege drin stecken, sowohl für die zu Pflegenden als auch für die Pflegenden.

Wir brauchen von daher ein deutliches Zeichen der Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Die Pflege-reform darf nicht weiter dem politischen Taktieren zum Opfer fallen. Die Corona-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie sehr die Pflege am Limit ist. Es fehlen Fachkräfte und die Finanzierung der Pflege braucht eine nachhaltigere Grundlage.

Union und SPD in der Bundesregierung einigten sich dann noch im Juni auf den letzten Metern vor der Bundestagswahl noch auf neue Regeln für die Pflege. Aber auch diese aktuelle Pflegereform, die im Bundeskabinett und daraufhin im Bundestag beschlossen wurde wird vermutlich nicht die letzte sein. Es sollte der große Wurf werden, doch die vom Bundestag beschlossene Pflegeform bleibt aus Sicht viele Fachleute weit hinter den Erwartungen zurück. Im Kern geht es diesmal um eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte und eine Entlastung der Familien bei den Pflegekosten. So entstand wieder das, was immer passiert: Kurz vor dem Ende der Legislatur gibt es wieder mal nur ein paar Änderungen, ein „Reförmchen“. Stattdessen brauchen wir endlich den politischen Mut für eine echte Reform. Bei den jetzt beschlossenen Schritten darf es nicht bleiben. Es ist weiterhin erforderlich, dass die politisch Verantwortlichen in einer gemeinschaftlichen Kraftanstrengung die Rahmenbedingungen zukunftsfest sichern und nicht weiter „schleifen“ lassen!

Mit der vorliegenden Tariftreuregelung (so genannte „Tarifpflicht“ ab September 2022 für alle Pflegeeinrichtungen und -dienste im System der Pflegeversicherung), der angestrebten besseren Personalausstattung und der Bezuschussung der Eigenanteile greift die Große Koalition wichtige Themen auf. Die Maßnahmen gehen in die richtige Richtung, auch wenn noch einiges im Hinblick auf die demografische Entwicklung zu tun bleibt. Das zu regeln, wird dann vorrangige Aufgabe einer künftigen Bundesregierung und des neuen Bundetags, die dies hoffentlich zu Beginn anpacken und nicht weiter aufschieben wird. →

Bundestagswahl 2021

Welche Themen beschäftigen die Kolleg*innen im Caritasverband?



Wir begrüßen sehr, dass künftig nur noch Anbieter, die Tarifregelungen vorweisen können, durch die Kassen zur Pflege zugelassen werden. Diese Regelung musste kommen – in dieser Legislatur, ohne Wenn und Aber. Eine Orientierung der Regelung an der AVR bzw. dem TVöD als tarifliche Grundlage wäre dabei sinnvoll. Wir sind gespannt, wie manche Anbieter, die bisher noch nicht tarifgebunden sind, mit dieser Vorgabe umgehen. Gibt es Lücken im System oder wird der „Lobbyismus angefeuert“, um noch Änderungen zu erreichen?!

Laut Wohlfahrt intern* Nr. 04/2021 z.B. „würdigen Wohlfahrtsverbände die Arbeit von Beschäftigten in der Altenpflege nicht nur mit lobenden Worten, sondern auch auf dem Lohnzettel“. Das ergab erneut ein Vergleich mit dem aktuellen Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit. Darin berechnet die Behörde anhand von Daten der Deutschen Rentenversicherung das durchschnittliche Bruttoentgelt in verschiedenen Berufen. Wohlfahrt intern unterzieht in ihrer Zeitschrift die Gehälter in den wichtigsten Bereichen der Sozialwirtschaft einem Realitätscheck. Sie überprüft, wie gut auch die gemeinnützigen Verbände gemessen am Branchenschnitt zahlen. Dazu vergleichen sie die regelmäßig von Wohlfahrt intern berechneten Gehälter gemeinnütziger Träger mit den Medianwerten in West-, Ost- und Gesamtdeutschland aus dem Entgeltatlas. Der Caritasverband zahlt mit seinem AVR Tarif demnach ein Entgelt, das im oberen Vergütungsfeld weit über dem Median (Mittelwert) sowohl bei den Fachkräften als auch bei den Hilfskräften und in den unterschiedlichen Berufsjahren liegt. Hingegen gibt es im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen laut Statistischem Bundesamt bei über 80 % der Anbieter keine Tarifbindung.

Unabhängig der finanziellen Ausstattung muss es gleichzeitig aber auch darum gehen, dass die Kosten für die Pflegebedürftigen überschaubar bleiben. Daher braucht es eine Regelung zur Begrenzung der Eigenanteile der Betroffenen. Verbesserungen bei den Löhnen und der Pflegequalität dürfen aber nicht nur allein den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen oder den klammen Kommunen auf die Schultern gepackt werden. In unserer älter werdenden Gesellschaft muss Pflege in einer solidarischen Gesellschaft von allen getragen und unterstützt werden.

Die grundsätzliche Frage: wie viel ist uns Pflege als Gesellschaft wert, wie wollen wir sie gestalten und finanzieren – ist noch lange nicht geklärt! Dafür braucht es eine gesamtgesellschaftliche Diskussion und gute politische Ideen, um die Zukunft im demografischen Wandel menschenwürdig zu gestalten. Dies bedeutet nämlich auch, dass sich nicht nur wenige, gut Verdienende, leisten können im Alter noch gut versorgt zu werden. Und es erfordert gleichzeitig auch gute Arbeitsbedingungen, dass diese Herausforderung auch von den Betreuungs- und Pflegekräften auch sicher geleistet werden kann.

Caritas muss sich dank der engagierten Kolleg*innen und der aktiven Verbände wirklich nicht verstecken. Wir sollten uns aber auch erst dann sozialpolitisch „zurücklehnen“, wenn eine verlässliche Pflegereform umgesetzt ist und nicht weiter nur „geputerte Wirklichkeit“!

In dem Sinne erwarten wir, dass dieser Anspruch auch von den politischen Parteien und Kandidat*innen unterstützt und verfolgt wird. Den Demografischen Wandel gestalten wir nur gemeinsam und miteinander! ■



*Wohlfahrt intern ist eine verbandsunabhängige Fachzeitschrift für die Sozialwirtschaft, die zehn Mal pro Jahr erscheint. Die Zeitschrift ist als branchenspezifisches Wirtschaftsmagazin konzipiert. Die Redaktion umfasst die Ressorts „Im Gespräch“, „Sozialunternehmen im Fokus“, „Politik und Kostenträger“, „Führen und Refinanzieren“ sowie „Tarif und Entgelte“.